

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 11. Dezember 2018

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine

Hofschuster, Thomas

Kamleiter, Karin

Vertretung für StR Erich Pürkner

Keil, Max

Koch, Reinhold, Dr.

Matthes, Sigrun, Dr.

ab 17:35 Uhr

Ponn, Barbara

Sengl, Manfred, Dr.

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dietel, Katharina

Schmeiser, Beatrix

Abwesende und entschuldigte Personen:

Leone, Jean-Marie

Pürkner, Erich

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Kommunales Energiemanagement 2015-2018 - Abschlussbericht	2018/0797
TOP 3	Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED	2018/0800
TOP 4	Umsetzung des Radverkehrskonzepts	2018/0808
TOP 5	Bekanntgaben	
TOP 6	Verschiedenes	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:30 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 16.10.2018 Einverständnis bestehe, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

Mit Einverständnis der Mitglieder wurde die Reihenfolge der Tagesordnung geändert und TOP 3 und 4 der Ladung in der Reihenfolge getauscht.

TOP 2 Kommunales Energiemanagement 2015-2018 - Abschlussbericht

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Bundy von en.eco.

Herr Bundy erläuterte zunächst, dass im Frühjahr der dritte von seinem Büro betreute Dreijahresabschnitt des Kommunalen Energiemanagements zu Ende gegangen sei. In den verschiedenen Abschnitten seien jeweils andere Gebäude betreut worden. Er erläuterte nochmals kurz, was man unter einem Energiemanagement verstehe. Im letzten Turnus seien die Laurenzer Grundschule, die Feuerwehr Puchheim-Ort, der Komplex Bauhof/Feuerwehr Puchheim-Bahnhof, das PUC, der Kindergarten Hotzenplotz und die Schule Süd betreut worden. Bei jährlichen Gesamtenergiekosten von 220.000 € für die sechs Objekte sei ein Einsparpotential gegeben. Die Verbrauchsdaten würden monatlich von der Stadt erhoben und dann von seinem Büro ausgewertet und in Form von Diagrammen dargestellt. Ihre Aktivitäten umfassten u.a. die Bestandsaufnahme, die elektronische Erfassung und Auswertung von Verbrauchsdaten einschließlich Witterungsbereinigung, die Aufstellung und Fortschreibung eines Maßnahmenkataloges für jede Liegenschaft, die Durchführung von Optimierungsmaßnahmen und die Beratung der Stadtverwaltung bei Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen. Bei den von ihnen direkt durchgeführten Maßnahmen handle es sich im Wesentlichen um die Optimierung der Regelungseinstellungen für Heizung und Lüftung.

Exemplarisch für die Verbrauchsentwicklung erläuterte Herr Bundy das Objekt Feuerwehr Puchheim-Ort. Beim Gasverbrauch habe es von 2016 auf 2017 hier einen ungewöhnlichen Anstieg gegeben, wohingegen der Stromverbrauch leicht nach unten gegangen sei. Die Wärmeversorgung erfolge hier über eine Grundwasserwärmepumpe, die mit einer Gasfeuerung kombiniert sei. Zu Beginn des Energiemanagements seien die Regelungseinstellungen optimiert worden, um einen möglichst hohen Anteil der Wärme aus der Wärmepumpe zu ziehen. Inzwischen sei der Stromverbrauch der Wärmepumpe wieder stark zurückgegangen. Im letzten Jahr müssten wohl die Einstellungen der Heizanlage, möglicherweise bei einer Wartung, geändert worden sein, so dass die Beheizung mehr mit Gas erfolgt sei.

Anschließend ging er auf die Verbrauchsentwicklung bezogen auf alle betreuten Liegenschaften ein. Gas werde von vier Liegenschaften genutzt; hier habe es beispielsweise von 2015 auf 2016 eine Einsparung von 3 bis 4 % und von 2016 auf 2017 eine weitere Einsparung von 1 % gegeben. Beim Wärmeverbrauch habe es insbesondere bei der Schule Süd größere Erfolge gegeben. Der Stromverbrauch sei insgesamt ganz gut reduziert worden. Hier beschränke sich der Einflussbereich des Energiemanagements allerdings auf die Einstellungen von Heizung und Lüftung. Der übrige Stromverbrauch hänge vom Nutzerverhalten und der installierten Technik ab. Bei den CO₂-Emissionen sei in

der Summe eine Einsparung von 8 % erreicht worden. Zusammenfassend stellte er fest, dass das Ergebnis gemischt sei. Es habe Bereiche gegeben, wo der Energieverbrauch trotz ihrer Aktivitäten gestiegen sei. Man habe in verschiedenen Bereichen aber auch ganz gute Erfolge gehabt. Zudem seien seitens der Stadt bei einigen Liegenschaften größere Maßnahmen geplant, weshalb kleinere Maßnahmen nicht mehr umgesetzt würden. Um das Energieverbrauchsniveau zu halten, werde man die Anpassung der Regelungstechnik fortsetzen und weitere Maßnahmen umsetzen müssen. Die Gebäude würden immer intensiver genutzt. Als Beispiel nannte er hier die Entwicklung hin zu elektronischen Tafeln, die sich auch beim Stromverbrauch bemerkbar machen würden.

Der Vorsitzende erkundigte sich, ob das Umsteigen auf eine Wärmepumpe für die Feuerwehr Puchheim-Ort effektiv gewesen sei. Herr Bundy antwortete, dass eine Wärmepumpe für die Versorgung dieses Objektes durchaus geeignet sei, wenn sie richtig betrieben werde. Er hätte aber die Wärmeversorgung dann ausschließlich über die Wärmepumpe gestaltet. Von ihnen durchgeführte Maßnahmen in der Regelungstechnik würden dokumentiert, so dass jederzeit nachvollzogen werden könne, was verändert worden sei. Man könne jedoch nicht feststellen, wer im Laufe eines Jahres etwas geändert habe. Er könne auch nicht ausschließen, dass z. B. vom Hausmeister etwas umgestellt worden sei. Auch ein verändertes Nutzerverhalten könne Auswirkungen auf die Verbräuche haben. Beispielsweise sei die Turnhalle der Laurenzer Schule zunächst an zwei Tagen und später nur noch an einem Tag nicht genutzt worden.

StR Keil fand es gut, dass das Energiemanagement gemacht werde. Hinsichtlich der Feuerwehr in Puchheim-Ort sei er der Meinung gewesen, dass dort aufgrund des hohen Grundwasserstandes eine Grundwasserwärmepumpe optimale Dienste tun müsse. Er erwarte von der Verwaltung einen Bericht zum vorliegenden Ergebnis. Man habe das Energiemanagement, um auffällige Werte feststellen und dann entsprechend handeln zu können.

Herr Bundy erläuterte, dass man das Problem nur erfahre, wenn man eine getrennte Auswertung hinsichtlich der spezifischen Verbräuche habe. Im Gebäude selbst merke man nichts davon. Grundsätzlich habe es schon einen regelmäßigen Austausch mit der Stadt gegeben.

StR Dr. Sengl stellte fest, dass die Ergebnisse insgesamt zeigen würden, dass die Erwartungen, die man an das Energiemanagement gehabt habe, erfüllt worden seien. Insbesondere sei damit auch die Verbrauchsdatenerfassung etabliert worden. Bei Neu- oder Umbauten solle man immer daran denken, dass genügend Zähler eingebaut würden. Er hoffe, dass die Verwaltung in der Lage sei, die Verbrauchsdatenerfassung als Energiemanagement, d. h. mit Auslesen der Daten und Einschätzen der Werte, auch weiterzuführen.

StRin Dr. Matthes hob hervor, dass das Energiemanagement wichtig für die Stadt sei. Sie erkundigte sich, ob man sagen könne, was z.B. der Gasverbrauch 2017 von 25.000 kWh in Geld bedeute.

Herr Bundy antwortete, dass der Gaspreis momentan sehr niedrig, Strom hingegen relativ teuer sei. Daher habe es z. B. im Fall der Wärmepumpe/Gasheizung keine finanziellen Konsequenzen gegeben. Bei der Entscheidung für die Wärmepumpe sei es nicht absehbar gewesen, dass der Gaspreis derart von der Ölpreisentwicklung abgekoppelt würde. Momentan sei diese nicht wirklich wirtschaftlich.

Zur Frage nach dem Gesamtbericht teilte Frau Dietel mit, dass dieser an die Ausschussmitglieder verteilt werden könne.

StRin Dr. Matthes erkundigte sich weiter nach den Erfahrungen von Herrn Bundy mit den Ansprechpartnern. Es gehe insbesondere darum, inwieweit die Informationen so gegeben werden konnten, dass die Stadt nachhaltig davon profitiere und die Maßnahmen entsprechend weiterführen könne.

Herr Bundy berichtete, dass für den gesamten Zeitraum des Energiemanagements Frau Dietel seine direkte Ansprechpartnerin gewesen sei. Diese vernetze dann die Informationen insbesondere im Bauamt und ggf. auch mit den entsprechenden Hausmeistern weiter. Hier sei im Betreuungszeitraum viel Wissen angesammelt worden, so dass eine gute Grundlage vorhanden sei.

Der Vorsitzende verwies noch darauf, dass es in der Zukunft auch um die Führung von Gebäudebüchern gehen werde, womit man mehr in Richtung Facility-Management gehe.

Beschluss

Der Abschlussbericht wurde ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen.

TOP 3 Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED

Frau Dietel teilte mit, dass man sich schon länger mit diesem Thema beschäftige und es nunmehr konkret angehen wolle. Hierzu liege ein Grobkonzept von Bayernwerk vor. Die Umrüstung solle Zug um Zug erfolgen. Zu den möglichen Startprojekten gehöre die Lochhauser Straße, in der die Beleuchtungssituation unbefriedigend sei und ein technischer Umrüstungsbedarf bestehe. In der Allinger Straße gebe es Lampen, die relativ viel Strom verbrauchen würden. Eine Umrüstung des Planiewegs wäre im Rahmen der für nächstes Jahr vorgesehenen Umgestaltung sinnvoll. Zur Umrüstung der dort noch vorhandenen Holzmasten gebe es noch keine Kostenschätzung. Des Weiteren liege noch der Antrag von StR Keil zur Beleuchtung in der Dorfstraße vor.

Der Vorsitzende informierte, dass im nächsten Jahr Haushaltsmittel von 150.000 € zur Verfügung stünden. Nach der Änderung des KAG könne die Stadt diese Umrüstung durchführen, ohne die Kosten auf die Anlieger umlegen zu müssen. Die Lochhauser Straße habe für ihn eine hohe Priorität. Die Allinger Straße mache wegen des großen Stromverbrauchs und der Planieweg wegen der Umbaumaßnahmen Sinn. Über die Dorfstraße müsse man noch reden.

StR Hofschuster erinnerte daran, dass das Ganze auf einen Antrag zurückgehe, den seine Fraktion zusammen mit den Grünen gestellt habe. Die genannten Maßnahmen seien von der Priorisierung her grundsätzlich in Ordnung. Wenn man auf den Stromverbrauch abstelle, sei das ökologisch sinnvoll. Er sehe aber auch einen Bedarf in Bezug auf die Lichtverschmutzung. Deshalb solle man die Wohngebiete aktiv mit auf dem Schirm haben. Er gehe davon aus, dass auch in die Folgehaushalte entsprechende Mittel eingestellt würden. Vordringlicher als die Dorfstraße sehe er die Lagerstraße beim Rusenfriedhof. Dort sei die Beleuchtung nicht optimal. Sein Hauptaugenmerk gelte der Lochhauser Straße. Diese müsse man insgesamt aufwerten, um die Geschäfte zukunftsfähig zu machen, wozu auch ein neues Beleuchtungskonzept gehöre. Dieses stehe aber auch im Zusammenhang mit dem Stadtzentrum, für das die notwendige Lichtgestaltung bereits besprochen und positiv aufgenommen worden sei. Bei der Ausführungsplanung sei die Lichtgestaltung eine wesentliche Aufgabe. Wenn man jetzt die technischen Leuchten für eine bessere Ausleuchtung in der Lochhauser Straße austausche, seien diese vielleicht gestalterisch nicht optimal. Später solle man sie dann evtl. an das Konzept für das Stadtzentrum anpassen. Er plädiere daher dafür, in der Lochhauser Straße solche technische Leuchten einzusetzen, die man, soweit man später ein neues Konzept umsetze, an anderer Stelle weiterverwenden und wieder einbauen könne.

StR Dr. Sengl teilte mit, dass er sich der Bewertung anschließen könne. In der Lochhauser Straße gebe es besondere Anforderungen. Man müsse sie für eine größere Attraktivität besser ausleuchten, insbesondere die Gehwege und die Bereiche vor den Geschäften. Dabei müsse man auch überlegen, ob man mit den bestehenden Lampen auskomme. Dies müsse man gründlich planen lassen. In der Allinger Straße könne ein einfacher Lampentausch erfolgen. Es sei ihm ein Anliegen, dass man sich am Anfang der Umrüstung auf eine geringe Auswahl von Lampenformen einigt, um möglichst wenig „Wildwuchs“ zu haben. Man habe die Erfahrungen mit der Siteco SL 10 in der Augsburger Straße. Hier habe es keine Ausfälle gegeben, und auch gestalterisch habe er keine negativen Meinungen gehört. Das Einsparpotential sei erheblich.

StR Dr. Koch sah die Umrüstung ebenfalls positiv. Die Lochhauser Straße anzugehen, sei für ihn in Ordnung, man müsse aber entscheiden, ob man die ganze Straße oder nur den Bereich bis zur Bäumelstraße umrüste. Für ihn habe der Bereich um die Schule Gernerplatz und die Rotwandstraße eine höhere Priorität als die Allinger Straße. Dort würden auch ständig Lampen ausfallen. Herr Schiemann informierte, dass im nächsten Jahr die Planungen zur Sanierung der Rotwandstraße erfolgen sollen. StR Dr. Koch war der Ansicht, dass man den Bereich nicht für weitere drei Jahre so belassen könne. Der Vorsitzende erklärte, dass er den dringenden Appell mitnehme, man aber schauen müsse, ob die Straßenbeleuchtung vorgezogen werden könne, ohne dass zu viel Verlust auftrete.

StRin von Hagen fand es positiv, dass auch Leuchten in Warmweiß möglich seien. Sie erkundigte sich hinsichtlich der Aussage, dass Pilzleuchten nicht ausgetauscht werden können.

Der Vorsitzende bestätigte, dass warmweißes Licht einen anderen optischen Eindruck erwecke. Man werde bei jedem einzelnen Straßenzug entscheiden müssen, welche Leuchten kommen. In Wohngebieten würden viele Anwohner die helleren Leuchten nicht wollen. Bei Pilzleuchten gehe es darum, dass man den ganzen Lampenkopf absägen und neu aufsetzen müsse. Dies bedeute auch, dass, wenn einzelne Lampen in einer Straße ausfallen würden, in diese nicht einfach LED-Leuchten eingesetzt werden könnten. Daher würde dort zunächst, wenn noch lieferbar, die alte Lampe ersetzt.

StR Dr. Matthes schlug vor, zu versuchen von den Herstellern Aussagen zu bekommen, welche Straßen in der Umgebung mit den jeweiligen Lampentypen beleuchtet seien, damit man sich dies vor Ort anschauen könne. Man brauche angepasste Lösungen. In den Hauptstraßen gehe es vor allem um die Sicherheit, in Wohngebieten gebe es andere Ansprüche. Die Amortisation sei insgesamt mit 14,6 Jahren angegeben. In der Allinger Straße komme es aufgrund des hohen Stromverbrauchs zu einer schnelleren Amortisation. Diese sei auch ein Schulweg, für den eine bessere Ausleuchtung mehr Sicherheit biete. Es sei ihr deshalb ein Anliegen, dass dort zeitnah eine Lösung komme.

StR Keil brachte ein, dass es in der Dorfstraße ebenfalls um die Sicherheit gehe. Dort gebe es dunkle Bereiche. Er glaube, dass sich die dort verwendeten Glockenleuchten mit LED-Lampen ausstatten lassen. Diese Lampenform solle man auch nicht verändern, da sie dorfgerecht sei. Er schlage ein paar zusätzliche Lampen vor. Beispielsweise wäre jeweils eine weitere Lampe beim Dorfplatz an der Bushaltestelle, beim Einkaufsmarkt im Bereich der Informationstafel und beim Kirchplatz sinnvoll. Dann wäre der Straßenraum besser ausgeleuchtet. In diesem Sinne solle man überlegen, wie man die Beleuchtungssituation verbessern könne.

Der Vorsitzende erklärte, dass er den Vorschlag mit ergänzenden Lampen mitnehme. Dies würde vielleicht schon eine Verbesserung bringen. Man werde dies prüfen. Ob man dann gleichzeitig die Umstellung auf LED für die gesamte Dorfstraße angehe, müsse man überlegen.

StRin Kamleiter teilte mit, dass sie die Prioritätenliste gut finde. Ergänzend solle aber etwas hinsichtlich der Beleuchtung des Fahrradabstellplatzes am Bahnhof unternommen werden.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass für die Lochhauser Straße allseits eine hohe Priorität gesehen werde. Man müsse sich dort aber Gedanken hinsichtlich einer guten Umsetzung machen. Die Allinger Straße sei relativ einfach umsetzbar und erreiche einen hohen Einspareffekt. Hinsichtlich des Planiewegs bestehe Einigkeit, dass dieser bei der Umgestaltung umgerüstet werde. Die Rotwandstraße würde im Zuge der Umbaumaßnahme sowieso auf LED umgestellt. Man solle aber, wenn es möglich sei, schon vorher Verbesserungen erreichen. Für die Dorfstraße werde man prüfen, ob man mit ergänzenden Straßenlampen eine Verbesserung erreichen könne, was man evtl. vorab umsetzen könne. Hinsichtlich der Lagerstraße Richtung Lena-Christ-Straße müsse man noch extra überlegen.

StR Dr. Koch ergänzte, dass es hier seiner Ansicht nach um die ganze Straße gehe, da dort noch Holzmasten eingesetzt seien.

Der Vorsitzende stellte abschließend klar, dass man nicht alles in einem Jahr umsetzen könne. Man werde das erste Paket zusammenstellen und dieses dann im ASB einschließlich der Ausgestaltung und der Auswahl der Lampenform beraten.

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, die sukzessive Umrüstung der Puchheimer Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten zu planen.

Hierzu sollen zunächst zeitnah konkrete Angebote für die Umrüstung von Allinger und Lochhauser Straße sowie den Planieweg eingeholt und dem Ausschuss für städtische Bauten in einer der nächsten Sitzungen zur Projektgenehmigung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 4 Umsetzung des Radverkehrskonzepts

Der Vorsitzende erläuterte zunächst, dass es nunmehr um die Umsetzung des Radverkehrskonzepts gehe. Frau Dietel sprach zunächst ein ganz großes Lob an alle aus, die sich in der Vorbereitung beteiligt hätten, insbesondere StR Dr. Koch und Herr Knödseder vom ADFC. Sie schlage weiterhin vor, die Maßnahmen sortiert nach Gebieten zu beraten. Ziel dieser ersten Beratung wäre es, zu entscheiden, welche Punkte man direkt angehen solle. Größere Maßnahmen sollten zunächst zurückgestellt werden, um sie gesondert zu beraten. Dies gelte auch für Maßnahmen, zu denen unterschiedliche Meinungen herrschen. Mit diesen müsse man sich näher beschäftigen, um eine Lösung zu finden.

StR Dr. Koch stellte fest, dass es keine einheitliche Stellungnahme der Verwaltung gebe; hier würden sich die Aussagen von Frau Dietel und Herrn Lehner teilweise widersprechen. Aufgrund eines Seminars in Nürnberg zum Thema Tempo 30 und shared space, das er mit StR Stricker und StRin Winberger besucht habe, sehe er die Möglichkeiten für weitere Geschwindigkeitsreduzierungen als gering an. Der Gutachter halte scheinbar auch nicht viel davon, das Radfahren auf breiten Gehwegen zu ermöglichen. Gemäß Gutachten bleibe eigentlich nur, das Tempo zu reduzieren, was aber im Widerspruch zur Straßenverkehrsbehörde stehe. Die Straßenverkehrsordnung gebe weiterhin dem Auto Vorrang. Aus Nürnberg habe er mitgenommen, dass das Verkehrsrecht, insbesondere in Bayern, sehr strikt gehandhabt werde.

Der Vorsitzende stimmte den Ausführungen vom Grundsatz her zu. Die Aufgabe der politischen Entscheidungsträger sei zu entscheiden, was gewollt werde. Die mögliche Umsetzung müsse dann bis zu den Grenzen des Machbaren ausgelotet werden. Dies gelte z. B. für Fahrradstraßen oder auch die Temporeduzierung. Was dann noch nicht gelinge, müsse man evtl. in die Zukunft verschieben.

StR Stricker zeigte sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise grundsätzlich einverstanden. Vielleicht solle man aber erst mal feststellen, wo die Brennpunkte liegen.

StR Dr. Koch berichtete, dass er eine eigene Prioritätenliste erstellt habe. Dabei habe er die verschiedenen Maßnahmen nach Kriterien, wie Frequenz, offensichtliche Mängel, Unfallrate und Konflikten jeweils mit einer 3er Skala bewertet, um sie dann nach Gesamtpunktzahl zu priorisieren (max. 12 Punkte). Man könne durchaus bei der gebietsmäßigen Abhandlung bleiben. Er würde dann jeweils seine Priorisierung angeben.

Nach kurzer Beratung bestand Einigkeit, die Maßnahmenpakete nicht vorab zu behandeln. Die Maßnahmenliste mit dem Beratungsergebnis ergänzt um die Priorisierung von StR Dr. Koch ist Anlage dieser Niederschrift.

Ergänzend wurde u. a. Folgendes beraten:

S-9.1 und 9.2 Augsburgsburger Straße - Schutzstraßen und Aufstellfläche vor Ampel

Frau Dietel wies darauf hin, dass diese Maßnahme auch den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen entspreche. Ziel sei es, die Radfahrer in den Sichtbereich zu bringen. Herr Lehner habe mitgeteilt, dass es keine Hinweise auf Probleme gebe. Aufgrund der geringen Frequenz liege die Priorität nur bei 4, sagte StR Dr. Koch.

StR Hofschuster sprach sich gegen die Maßnahme aus.

StRin Ponn brachte ein, dass die Straße sicher als Radwegverbindung öfter genutzt werden würde, wenn man für mehr Sicherheit der Radfahrer sorgen könne. Frau Dietel bestätigte, dass diese vorgezogenen Radfahrstreifen gerade für die Fälle zur Verbesserung der Sicherheit gut seien, wenn stärkerer Rechtsabbiegeverkehr herrsche. StR Dr. Koch brachte ein, dass man hierfür eine eigene Ampelschaltung brauchen würde. Frau Dietel ergänzte, dass die Ampel dort eine lange Rotzeit habe, so dass die Radfahrer gut nach vorne fahren könnten.

StR Stricker wies insbesondere auf die Gefahr bei LKWs hin. Wenn die Radfahrer durch diese Maßnahme geschützt werden könnten, sollte man dies evtl. mal probieren. Frau Dietel berichtete von den positiven Erfahrungen aus Bad Aibling.

Abstimmungsergebnis: 11 : 1

Zur Vorgehensweise schlug der Vorsitzende ergänzend vor, dass man die beschlossenen Maßnahmen dann in einer nächsten Sitzung noch nach Priorität bzw. zeitlich einstufen könne.

K 15.1 Augsburgsburger Straße – verbesserte Grünlichtanforderung

Frau Dietel führte aus, dass hierfür die gesamte Ampelschaltung angepasst werden müsste. Die Möglichkeiten müssten abgeklärt werden. Die Priorität liege lt. StR Dr. Koch bei 7, der auch die Überlegung zum Einbau eines Induktionsbereichs im Aufstellbereich einbrachte. Ergebnis der Beratung war, dass ein Prüfauftrag zur weiteren Abklärung erfolge.

K 11.3 Augsburgsburger Straße – Verbreiterung Fuß- und Radweg

Frau Dietel stellte fest, dass über diese Maßnahme vorab mit dem Landratsamt gesprochen werden sollte. StR Hofschuster stellte fest, dass hier eine geringe Verkehrsbedeutung bestehe. StR Dr. Koch

gab eine Priorität von 4 an und hielt eine Umsetzung in den nächsten fünf Jahren für nicht erforderlich. Der Vorsitzende fasste zusammen, dass man diese Maßnahme eher nach hinten schieben solle.

K 11.1 und 11.2 Augsburgener / Huchenstraße

Zur Umrüstung der Lichtsignalanlage und Errichtung einer Fußgängerfurt liege die Priorität lt. StR Dr. Koch bei 6 bzw. 8. Allerdings sei er sich bei dieser Maßnahme wegen der geringen Frequenz nicht ganz schlüssig. Der Vorsitzende ergänzte, dass beim ADFC eine Priorität hierfür gesehen werde. Bauamtsleiterin Schmeiser teilte mit, dass die bestehende Ampelanlage dafür nicht geeignet sei. Ergebnis der Beratung war, diese Maßnahme nicht weiterzuverfolgen

L 12.1 Vorfahrtänderung Auffahrt B 2

Frau Dietel führte aus, dass diese Änderung gewisse verkehrslenkende Effekte auf die B 2 haben könnte. Hier könne man vorab in Germering nachfragen, da die Auffahrt auf deren Stadtgebiet liege. StR Dr. Koch teilte mit, dass er diese Maßnahme für sehr wichtig halte. Auch Herr Knödseder sprach sich für diese Maßnahme aus, da die Radfahrer heute abbremsen müssten, weil die Autos auf der Auf- bzw. Abfahrt zur B2 bevorrechtigt seien.

StRin Ponn empfand die Maßnahme eher als Verschlimmerung der heutigen Situation. Dann müssten z.B. die Autofahrer von Germering kommend beim Linksabbiegen nicht mehr warten.

StR Stricker sprach sich für einen Ortstermin aus.

StR Hofschuster erklärte, dass er nicht erkennen könne, inwieweit die abknickende Vorfahrt einen positiven Effekt für die Radfahrer habe. Hier müsse zunächst Klarheit geschaffen werden.

S 7.1 Allinger Straße / Schopflach

Frau Dietel teilte mit, dass die Schilder „Radfahrer kreuzen“ bereits stehen würden. Diese müsse man evtl. noch etwas näher zur Kreuzung setzen. Insgesamt sei es wichtig, dass man dort als Radfahrer besser gesehen werde.

L 11.7 Allinger Straße / Laurenzerweg - Querung

StR Hofschuster schloss sich der Aussage des ADFC an, dass keine der drei genannten Maßnahmen sinnvoll sei. Der Vorsitzende erklärte, dass die Situation nicht sehr übersichtlich sei. Deshalb solle man sich die Stelle nochmals anschauen und die Situation überdenken.

S.9.3 und 9.4 Ihleweg - gesicherte Überleitung und Schutzstreifen

Die gesicherte Überleitung des Radwegs auf den Ihleweg und der Schutzstreifen von der Überleitung bis zur Kreuzung Allinger Straße wurde positiv bewertet.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 mit Parkverbot

S.1.2 Ihleweg – Aufhebung Radwegbenutzungspflicht

Frau Dietel teilte mit, dass Herr Lehner gegen diese Aufhebung sei. Sie habe von einem Seminar letzte Woche ebenfalls mitgenommen, dass man die Radwegbenutzungspflicht nicht aufheben solle. Ein Grund hierfür sei auch, dass es sich um einen viel genutzten Schulweg handle.

Herr Knödseder sprach sich für die Maßnahme, verbunden mit der gesicherten Überleitung, aus.

StR Hofschuster berichtete, dass er eine gewisse Zeit fast täglich diesen Weg gefahren sei. Gemeinsame Wege für Fußgänger und Radfahrer seien problematisch. Daher fände er es besser, wenn die Benutzungspflicht nicht mehr bestünde. Der Vorsitzende brachte die Frage ein, ob man den Schutzstreifen evtl. bis Eichenau durchziehen solle. StR Dr. Koch stimmte dem Vorschlag zu, den Gehweg freizugeben und den Schutzstreifen zu verlängern. Frau Dietel erklärte, dass man prüfen müsse, ob

der Straßenquerschnitt im weiteren Verlauf ausreiche. Der Vorsitzende fasste zusammen, dass ein entsprechender Prüfauftrag ergehe.

S 10.4 Distelweg – Sperrung für Kfz

StR Dr. Koch teile mit, dass er der ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung hier zustimme.

K 11.13 und L 15.2 Adenauerstraße – Bau einer Mittelinsel / Kreisverkehr FFB 11

StR Hofschuster stellte fest, dass der Kreisverkehr, der hier sehr sinnvoll erscheine, für ihn eine sehr hohe Priorität habe. Die Mittelinsel sehe er eher problematisch; sie wäre allenfalls im Zusammenhang mit einer Gesamtlösung Kreisverkehr eine Option. StR Dr. Koch ergänzte, dass hier nicht viel Radfahrquerungsverkehr bestehe. Frau Dietel berichtete, dass für die Mittelinsel zunächst die Leistungsfähigkeit der Kreuzung geprüft werden müsse. Die Situation sei für Radfahrer momentan sehr unbefriedigend.

K 12.2 und L 15.4 Radweg entlang der FFB 11 nördlich

Der ADFC hielt die Belagsverbesserung und Verbreiterung des Radwegs für wichtig, während nach der Liste von StR Dr. Koch die Priorität gering sei. Frau Dietel brachte ein, dass der Weg als Geh- und Radweg zu schmal sei. Hier wäre zunächst eine Besprechung mit dem Landratsamt sinnvoll. StRin Eger sprach sich gegen die Maßnahme aus, da der Weg heute ausreiche und es sonst eine Rennstrecke werden würde.

L 13.3 Verbindung Heussstraße / Pappelallee

StRin Wiesner sprach sich dafür aus, die Situation so zu belassen, wie sie sei.

StRin von Hagen plädierte dafür, den Bordstein abzusenken. Der Weg würde viel genutzt, weshalb die Maßnahme aus ihrer Sicht gut wäre.

StR Keil brachte ein, dass dies für die Kinder von der Kennedystraße der kürzeste Weg zur Schule Süd sei. Man solle überlegen, ob man hier langfristig einen offiziellen Weg anlegen könne.

StRin Wiesner hielt den Aufwand hierfür zu groß. Wenn man die Straße umgestalte, könne man dies mit anpacken.

An dieser Stelle der Beratung schlug der Vorsitzende vor, die Maßnahmen ab Bahnhof Nord auf die nächste Sitzung zu verschieben.

StR Dr. Koch wies noch darauf hin, dass es keine Maßnahme zum Radroutennetz gebe. Er habe sich daher erlaubt, einzelne Maßnahmen in die Liste aufzunehmen. Diese sollten dann zusammen mit den weiteren Maßnahmen in der nächsten Sitzung beraten werden.

Nachdem es weder Bekanntgaben noch Wortmeldungen unter TOP Verschiedenes gab, beendete der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:05 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Andrea Reichel